

Kiel, 02.06.2006

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 12 - FFH-Gebiet Vorland St. Margarethen (Drucksache 16/784)

Detlef Buder:

Rechtssicherheit und Entwicklungschancen für Natur und Wirtschaft erhalten

Mit dem vorliegenden Antrag der FDP haben wir erneut die Gelegenheit, über das Verfahren von Gebietsmeldungen für das europäische NATURA-2000-Netz zu diskutieren. Auch wenn wir die von der FDP erbetenen Informationen bereits der Zeitung entnehmen konnten, macht es sicher Sinn, dieses Thema auch im Plenum zu diskutieren. Es eignet sich allerdings nicht für „Schwarze-Peter-Spiele“ zwischen heutigen und ehemaligen Landesregierungen oder zwischen Land, Bund und Europäischer Union.

Wir haben uns wie alle Länder dazu verpflichtet, zum Schutz von Natur und bedrohten Arten **Flächen für ein kohärentes europäisches Netz von Naturschutzgebieten** zu melden. Dabei gibt es unterschiedliche Gebiete und Ausweisungsverfahren. Für alle Gebiete gilt aus Sicht meiner Fraktion allerdings gleichermaßen: Sie sind nach fundierter, **ausschließlich naturschutzfachlicher Prüfung** über den Bund an die EU zu melden. Nach oder parallel zur konkreten Schutzgebietsausweisung können dann für konkrete Projekte zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung der Regionen Ausnahmeanträge von den Schutzziele gestellt werden. Diese Auffassung hat die SPD-Landtagsfraktion stets vertreten.

Im Februar, nach Abschluss des Anhörungsverfahrens, ist das Vorland St. Margarethen zusammen mit anderen FFH-Gebietsvorschlägen vom Kabinett in das Meldeverfahren gegeben

worden. Hier bestand für St. Margarethen eine besonders enge Terminlage, denn ein drohendes Zwangsgeldverfahren war schon weit fortgeschritten. Um drohenden finanziellen Schaden von unserem Land abzuwehren, **bestand zu diesem Zeitpunkt keine Alternative zur Meldung**. Leider ist diese Sachlage nicht bei allen Beteiligten vor Ort fest im Bewusstsein angekommen, viele Vorwürfe und Befürchtungen waren aus meiner Sicht nicht angebracht.

So ist es meine feste Überzeugung, dass nach rechtssicherer Ausweisung des Gebietsvorschlags durchaus die Möglichkeit besteht, dann unter Abwägung auch wirtschaftlicher und sozialer Aspekte gegenüber den naturschutzfachlichen Zielen, auch im Vorland St. Margarethen **noch Eingriffe gestattet** zu bekommen, um die wirtschaftliche Entwicklung von Unternehmen und somit der Region zu ermöglichen.

Wir haben nun erfahren, dass die EU-Kommission beim Besuch der Delegation der Landesregierung und des Kreises Dithmarschen am 29. Mai durchaus Offenheit gegenüber dem Anliegen gezeigt hat, die Leistung des Gebietes in Bezug auf das Vorland St. Margarethen zu überprüfen. Mehr an dieser Stelle zu erwarten, wäre in Kenntnis der komplizierten Verfahren in Brüssel schon sehr blauäugig gewesen. Gegenstand der Überprüfung kann meines Erachtens aber lediglich die **naturschutzfachliche Eignung der Vorlandfläche** sein. Hier wird die Prüfung in Brüssel und Paris sicher noch einige Zeit erfordern und durch detaillierte fachliche Unterlagen aus Schleswig-Holstein ergänzt werden müssen. Für mich ist an dieser Stelle allerdings nicht verständlich und eher politisch zu verstehen, dass bei der Prüfung der naturschutzfachlichen Eignung von EU-Kommissar Dimas zugesagt wurde, auch wirtschaftliche Aspekte einzubeziehen. Diese im Kern von mir auch gewünschte Aussage sehe ich eher zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Fläche rechtssicher als Schutzgebiet ausgewiesen ist und konkrete Projekte oder Eingriffe auf dieser Fläche vorgesehen und zur Genehmigung vorgelegt werden.

Wir werden das Thema NATURA 2000 heute sicher nicht abschließend im Plenum behandelt haben. Ich wäre jedoch sehr froh, wenn das Wort NATURA 2000 nicht als Buhmann für eine angeblich schiefastige Naturschutz- und Wirtschaftsblockadepolitik aus Brüssel verwendet

wird. **NATURA 2000 ist eine große Chance auch in Schleswig-Holstein** für die Entwicklung von Natur und Lebensräumen. In und an diesen Räumen wird es dann auch weiterhin bei vernünftiger Politik und Verwaltung wirtschaftliche Entwicklungschancen geben.